

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähr 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a & Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfenninge, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfenninge, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223. Mittwoch, den 23. September 1896. 3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel!

Zu kurzer Zeit ist der Monat und damit auch das jetzige Quartal zu Ende. Die Unterzeichneten geben sich nicht nur der Hoffnung hin, daß die bisherigen Abonnenten den

Lübecker Volksboten

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“

weiter halten werden, sondern sie leben auch der sichern Erwartung, daß der Leserkreis sich wieder bedeutend vergrößern wird. Schon jetzt ist es die Pflicht Aller, welche von der Nothwendigkeit der sichern Existenz eines Arbeiterblattes überzeugt sind und denen an der möglichsten Verbreitung unserer Tendenz gelegen ist, Seden, der diese Zeitung bis jetzt noch nicht gehalten hat, davon zu überzeugen: Der „Lübecker Volksbote“

ist das beste Blatt

für das Proletariat Lübecks und Umgegend!

Im kommenden Winter wird der wissenschaftliche Lesestoff besonders reichhaltig sein. Den Verhandlungen des Reichstages, der Weiterentwicklung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung sowohl wie den politischen Tagesfragen aller Kulturländer wird schon jetzt mit Spannung entgegengesehen. Dabei gilt es aber auch zugleich, alle offenen und heimlichen Tücken und Ränke der vielen Gegner im engeren Verbreitungsgebiete dieses Blattes schonungslos an den Pranger zu stellen und zu bekämpfen, damit der Sinn für gleiches Recht immer mehr Platz greife und wir unserem Ziele näher rücken. Das kann aber nimmermehr erreicht werden bei Unterdrückung einer Presse, welche irgend welchen Sonderinteressen zu Diensten gezwungen ist, oder in farbloser Weise es Allen recht machen will und dabei Allen schadet. Schon jetzt ist

für das Proletariat Lübecks u. Umgegend

die Zeit gekommen, sich darüber schlüssig zu werden, aus welchem Blatte es vom 1. Oktober ab Belehrung, Rath und Unterhaltung schöpfen will. Ohne jeder Leser dieser Zeitung, jeder Genosse schon jetzt seine Schuldigkeit in der Gewinnung neuer Abonnenten und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Der „Volksbote“ erscheint täglich!

Der Abonnementspreis beträgt für das IV. Quartal 1,60 Mk. einschließlich der Zustellung. Auswärtige Abonnenten erhalten den „Volksbote“ ebenfalls für 1,60 Mk. vierteljährlich und nimmt jedes Postamt sowie auch die Postboten Bestellungen entgegen. Unsere bisherigen Postabonnenten ersuchen wir, das Abonnement auf das nächste Vierteljahr rechtzeitig zu erneuern, damit in der Zustellung keine Verzögerung eintritt.

Die Quartals-Quittung berechtigt zu einem Gratis-Inserat von 4 Zeilen.

Inserate finden im „Volksbote“ in Arbeiterkreisen, den Hauptkonsumenten, wirksamste Beachtung!

Verlag und Redaktion des „Lübecker Volksbote“.

Uferlose Flottenpläne.

Der Appell des „Reichsanzeigers“ an die gleichgesinnte, patriotische Presse, sie möchte den Versicherungen des Staatssekretärs im Reichstage und der Budgetkommission doch einen höheren Werth beimessen, als den grundlosen Andeutungen über uferlose Marinepläne, von denen sich die maßgebenden Stellen fern wissen, gilt zwar laut Adresse nicht den sozialdemokratischen Organen. Diese sind auch so frei, den Versicherungen der maßgebenden Stellen so lange ein Fragezeichen hintanzufügen, als es noch möglich ist, daß durch Ministerwechsel oder sonstige Verschiebungen diese offiziell gültigen Versicherungen entkräftet und gegenstandslos gemacht werden. Die starke Betonung der „maßgebenden“ Stellen ist ja in einer Zeit nöthig, wo neben den maßgebenden Ministern unverantwortliche Generale mit Erfolg die Politik der Regierung zu bestimmen versuchen.

Daß die maßgebenden Stellen endlich gezwungen werden, ihre Autorität dem Volke gegenüber zu wahren, zeigt deutlich den wunden Punkt unserer heutigen Regierung, den freilich mit fast naiver Offenheit seiner Zeit schon Caprivi angedeutet hat, wenn er sagte, er sei der Diener seines Herrn und vollziehe dessen Befehle. Die Minister als Vollziehungsbeamte des kaiserlichen Willens — eine solche Selbstverleugnung muß nothwendig dazu führen, daß unverantwortliche Rathgeber bestimmenden Einfluß auf die Politik eben dieser Minister gewinnen. Um so mehr aber mußte in der Flottenfrage der Glauben an die uferlosen Pläne wachsen, als die nämlichen maßgebenden Stellen, die heute so selbstbewußt aufzutreten

belieben, ihrem vor Jahr und Tag ausgesprochenen Programm nicht treu geblieben sind, sondern Perspektiven eröffnet haben, die sich mit den Gerüchten über uferlose Flottenpläne sehr wohl vertrugen.

Am 22. November 1888 legte der Staatssekretär des Reichsmarineamts eine Denkschrift zum Etat für die Verwaltung der kaiserlichen Marine vor, in der nachgewiesen sein sollte, in wie hohem Grade damals andere Marinen durch Neubauten moderner, schwerbewaffneter und schneller Schiffe die deutsche Marine überflügelt hätten. Im Anschluß daran wurde ein Plan vor Neubauten entwickelt, nach dessen Verwirklichung die deutsche Marine den Platz einnehmen könne, der den militärischen, politischen und überseeischen Interessen des deutschen Reiches entspreche und ein Bündniß mit Deutschland in maritimer Beziehung zu einem erwünschten und gesuchten mache. Die Denkschrift bezeichnete es ausdrücklich als das Bestreben der Regierung, den Marinen zweiten Ranges wieder gleichkommen zu wollen. Zur Ausführung dieses Planes wurden im ganzen 116 800 000 Mk. gefordert.

Statt der geforderten 116 Millionen sind 190 Mill. bewilligt worden, d. h. die Marineverwaltung hat jedenfalls die Mittel gehabt, die deutsche Kriegsflotte so zu vermehren, wie sie es 1888 für nothwendig hielt. Unsere Flotte entspricht den politischen, militärischen und überseeischen Ansprüchen des Reiches. Die erwähnte Denkschrift wurde von dem Staatssekretär Heintze dem Reichstage unterbreitet, der 1890 von dem jetzigen Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Hollmann ersetzt wurde. Während der Durchführung des offiziellen Flottenprogramms nun fiel es eben dem jetzigen Staatssekretär Hollmann ein, zum erstenmal Reichstag und Wähler mit der Aussicht auf die sprichwörtlich gewordenen uferlosen Flottenpläne zu beglücken, von denen heute das Reichsmarineamt plötzlich nichts mehr zu wissen vorgiebt. Bei der Berathung des Marineetats am 24. Februar 1891 sprach Staatssekretär von Hollmann den Grundsatz aus, „daß Deutschland hinsichtlich der Marine es nicht bei einer Flotte zweiten oder dritten Ranges bewenden lassen dürfe, sondern auch zur Schaffung einer Marine ersten Ranges das Geld finden müsse.“ Ueberhaupt ließen sich die Flotten nicht nach einem bestimmten Range klassifizieren. Die deutsche Marine sei noch in der Entwicklung begriffen und Deutschland müsse eine Schlachtflotte erhalten, die unter Umständen selbst in fernen Meeren sich an der Entscheidung des Seekrieges gegenüber Flotten ersten Ranges betheiligen könne.

Dieser Plan des Staatssekretärs wurde zwar alsbald vom Reichskanzler Caprivi in Abrede gestellt und betont, daß die „Regierungen“ noch immer auf dem Boden der Denkschrift von 1889 und 1890 ständen, wonach die Erweiterung der Flotte bis 1894/95 vollzogen sein soll. Freilich schon das Jahr darauf war Caprivi anderer Ansicht und befristete wieder „im Namen der Regierungen“, an der Erweiterung der Marine nicht zu sparen.

Wir müssen im Stande sein, dem Gegner mit soviel Schiffen wie möglich entgegenzutreten.“ Solche Pläne stießen allerdings im Volke wie im Reichstag auf Widerspruch, um so eifriger wurden sie dafür in Marinefachkreisen besprochen und empfohlen. Der Kaiser selbst sprach sich zu verschiedenen Malen für eine Vermehrung unserer Kriegsflotte aus, einmal auf einem parlamentarischen Herrenabend im Schlosse zu Potsdam, wo er in einem Vortrage über die Entwicklung der Marinen der verschiedenen Länder darauf hinwies, daß unsere Marine ihren Aufgaben jetzt weniger gewachsen sei als früher; sodann vor einem Kreise Offiziere in der Kriegsakademie, denen gegenüber er eine Vermehrung der Kriegsmarine als höchst wünschenswerth bezeichnete.

Als alle diese alarmirenden Nachrichten über die Absichten und Wünsche einer Flottenvermehrung lange genug die Deffentlichkeit beschäftigt hatten, da endlich erklärte allerdings Herr von Hollmann voriges Jahr in der Budgetkommission, daß alle umlaufenden Pläne über Vermehrung unserer Hochseepanzerflotte als private Zukunftsmusik betrachtet werden müßten. Und im Reichstage meinte er die alarmirenden Veröffentlichungen von angeblichen weitläufigen Plänen seien ganz unbegründet. Auf diese Erklärungen nimmt der Reichskanzler nunmehr Bezug, wenn er sagt, von uferlosen Plänen sei an den maßgebenden Stellen nichts bekannt.

Die Widerprüche in den Anschauungen des Staatssekretärs von Hollmann, wie sie aus seinen Aeußerungen über die Ziele unseres Flottenbaues einerseits, aus seinen Erklärungen im Reichstage und „Reichs Anz.“ andererseits hervorgehen, können nicht anders gelöst werden, als daß man annimmt, seine Vorkleidungsweise von uferlosen Plänen decke sich nicht mit der anderer Leute. Ein uferloser Plan ist unseres Erachtens, die deutsche Marine zu einer Flotte ersten Ranges umgestalten und vergrößern zu wollen.

Dieses Ziel hat Herr v. Hollmann aber als nothwendig bezeichnet. Wenn er nun im „Reichs-Anzeiger“ nichts von einem uferlosen Plane weiß, sondern nur von Forderungen, die entsprechend der wachsenden Bedeutung der Flotte für die Aufrechterhaltung des Ansehens des Reiches gestellt werden müssen, so genügt diese Eröffnung, um festzustellen, was uns längst schon Herr v. Hollmann verrathen hat: die Regierung wird mit oder ohne organischen Plan neue Flottenforderungen vorlegen, die bezwecken, die deutsche Marine zu einer Flotte ersten Ranges zu machen.

Und eben damit steht das deutsche Volk trotz der amtlichen Dementis vor den uferlosen Flottenplänen.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Mit dem „Nachfolger“ des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe beschäftigt sich nochmals der Berliner Korrespondent des „Hannoverschen Courier“, obgleich derselbe selbst die Presseerörterungen über den Rücktritt Hohenlohe's als „überflüssig“ bezeichnet und darauf rechnet, daß „die Aera Hohenlohe die dritte Winterkampagne“ überdanert, wenn „sich nicht bei der Handhabung der Regierungsmaschine unerwartete Schwierigkeiten einstellen sollen.“ Gleichwohl glauben wir die Mittheilungen des Korrespondenten als weiteres Material wiedergeben zu sollen:

„Die Kandidatur des Fürsten Hasfeldt für das Amt des Reichskanzlers ist fast ein Jahr alt. Sie ist schon anlässlich der Verabschiedung des Ministers von Köller aktuell gewesen. Die bekannten Umstände, unter denen Herr v. Köller kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages durch den Fürsten Hohenlohe veranlaßt worden war, dem Kaiser sein Abschiedsgesuch zu unterbreiten, hatten in letzterem ein Gefühl der Bestimmung zurückgelassen, und dieses war die Ursache, weshalb der Monarch in Breslau dem Fürsten Hasfeldt die eventuelle Nachfolgerschaft des Fürsten Hohenlohe antrug. Thatsache ist ferner, daß der Kaiser später, als am Anfang dieses Jahres die Stellung des Fürsten Hohenlohe zeitweise erschüttert schien, weil er es ablehnte, weitgehende Marinepläne vor dem Reichstage zu vertreten, mit dem General der Kavallerie z. D. Graf Wartensleben-Carow wegen der eventuellen Uebernahme des Reichskanzleramts unterhandelt hat. Die Unterhandlungen scheiterten, weil Graf Wartensleben ebenso wenig geneigt gewesen sei, Reichskanzler zu werden mit dem mehr oder minder bestimmten Ziele, einen Konflikt mit dem Reichstage auszufechten. Später sind noch verschiedene andere Persönlichkeiten als mutmaßliche Kandidaten für den Reichskanzlerposten genannt worden. Jetzt, nachdem der neue große Marineplan vertagt oder fallen gelassen ist, sind vielleicht die Chancen für den Fürsten Hasfeldt wieder gestiegen. Man wird aber gut thun, sich in dieser Hinsicht auf keine Prophezeiungen einzulassen, sondern freis auf Ueberfassungen gefaßt zu sein. In dem Augenblick, wo Fürst Hohenlohe wirklich zurücktreten wird, kann die Wahl des Kaisers so gut auf den Fürsten Hasfeldt oder den Grafen Philipp Gulenburg, als auch auf einen in weiteren Kreisen völlig unbekanntem jüngeren General fallen.“

Die „Deutsche Tagesztg.“, das Bündlerorgan, nimmt natürlich ihren Freund Köller in Schutz; sie bemerkt zu den Ausführungen des „Hann. Couriers“:

„Wir sind natürlich nicht in der Lage, die einzelnen Angaben auf ihre Richtigkeiten hin zu prüfen, das aber wissen wir, daß bei der Verabschiedung des Herrn von Köller Niemand an einen Rücktritt des Reichskanzlers dachte. Wenn es auch richtig ist, daß der Kaiser damals durch den Rücktritt des Ministers schmerzlich berührt worden war, so wußte er doch genau, daß

der Reichskanzler nicht der Veranlasser und der Träger der gegen Herrn von Köller gerichteten Machenschaften gewesen sei.

In Berliner politischen Kreisen nimmt man — wie der „Rh.-Westf. Arbeiter-Ztg.“ geschrieben wird — als ziemlich gewiss an, daß die Anweisungen Debel's und Bueb's aus Frankreich und Tom Mann's und Jayr's aus Deutschland keine für sich stehenden Einzelmaßnahmen sind, sondern auf einer internationalen Abmachung allgemeinen Inhalts beruhen. Für diese Annahme spricht nicht nur die ungefähre Gleichzeitigkeit der beiden Doppel-ausweisungen, sondern auch die Erwägung, daß eine Regierung schwerlich Parlamentarier eines anderen Landes ausweisen würde, ohne sich der wohlgefälligen Aufnahme dieser Maßregel durch die Regierung des betreffenden Landes vergewissern zu haben. Die Abmachung dürfte dahin gehen, daß sozialistische Führer, die in einem andern Staat irgendwie für die moderne Arbeiterbewegung zu wirken sich anschickten, ohne Weiteres ausgewiesen werden sollen, was die Landesgesetze auch überall ermöglichen. Ferner wird von Manchen behauptet, daß die Anregung zu dieser Vereinbarung von der deutschen Regierung gegeben worden sei. Hoffentlich wird im deutschen Reichstage Gelegenheit genommen werden, Auskunft darüber zu verlangen, ob wirklich die deutsche Regierung die französische um die Ausweisung der Deutschen aus Frankreich angegangen hat. Das wäre ja wieder eine reizende Betätigung des Patriotismus!

Auf dem nationalliberalen Parteitage werden Dennigsen und Hamacher nicht erscheinen. Ein nationalliberales Blatt bemerkt dazu schmerz erfüllt: Das ist, als wenn man Hamlet aufführen will — ohne den Dänenprinzen! Na, ein so tragisches Schauspiel wie Hamlet ist die Komödie eines nationalliberalen Parteitages nicht. Wie würden — so meint der „Vorw.“ — was die Personen anbetrifft, auch den Vergleich mit dem alten Polonius für zutreffender gehalten haben. Denn selbst ein Polonius erscheint immer noch wie ein Riese an Geist unter dem Rosenkranz und Gildensternen der nationalliberalen Partei!

Die moralischen Bündler. In der „Köln. Zeitung“ lesen wir: Die „Deutsche Tageszeitung“, das Berliner Völk-Organ, veröffentlichte im August einen von weit über hundert angesehenen Mitgliedern des Bundes der Landwirthe, meistens Großgrundbesitzern, Domänenpächtern u. s. w. unterzeichneten, stimmungsvollen Aufruf: An die Freunde, dahingehend, man möge doch durch Veröffentlichung von Familienanzeigen das Blatt mehr als bisher unterstützen und dem „erfreulichen Vertrauensverhältnis“ zwischen Leitern und Lesern derselben in Zukunft auch noch dadurch einen besonderen Ausdruck geben, daß man „die freudigen und bangen Ereignisse in der Familie“ in dem Bundes-Organ veröffentlichen. Die Zeitung hat denn auch eine „bevorzugte Stelle“ diesen Anzeigen eingeräumt. Dieselben umrahmen noch immer eine Reklame-Annonce, in der „die freudigen und bangen Ereignisse in der Familie“ und das „erfreuliche Vertrauensverhältnis der Leser untereinander (die Nuance ist noch hinzugekommen) und zu ihrem Blatte“ betont werden. Das geht uns ja weiter nichts an, aber wenn die „Deutsche Tageszeitung“ hier die Genossen des Bundes gleichsam wie eine große Familie erscheinen lassen möchte, drängt sich unwillkürlich die Frage auf, was für Anzeigen hat das Bundes-Organ denn sonst noch seinen lieben Familien-Angehörigen „an bevorzugter Stelle“ bekannt zu geben? Und da findet man auf der vierten Seite, genau da, wo die Familien-Anzeigen auf der dritten stehen, in fetten Lettern gedruckt: „Coursaal, Ball phänomenal. 8 Ballet-Corps. Pariser Cancaneusen! (Die letzteren durch besonders fetten, oder hier richtiger: frechen Druck hervorgehoben.) Englische Drolerie! Wiener Special! Ungarische, spanische, italienische, rumänische, schwedische, russische Tanzcapacitäten.“ Neben solchen Inseraten nehmen sich die leitenden Artikel Dr. G. Dertels über den Gegensatz von Erdgeruch und Asphalt recht merkwürdig aus. Noch widerwärtiger wird der Eindruck, wenn unmittelbar unter diesem „Coursaal“ „das Hospiz der Berliner Stadtmision“ durch Inserat „als christliches Hotel besseren Ranges“ den Reisenden vom Bunde der Landwirthe empfohlen wird, unter der Versicherung, daß „die Ueberhülle der Berliner Stadtmision zuströmen.“ Ich glaube erst, so etwas sei nur durch ein Versehen möglich, aber in älteren Nummern fand ich, daß das „christliche Hotel“ friedlich neben den Cancaneusen wohnte, später wieder einmal unter dem Coursaal, allerdings durch die „Amor-Säle, das jetzt feinste Ball-Etablissement der Residenz“ getrennt. Noch in der Nummer vom 13. September steht es unmittelbar neben dem „Cour-Saal“. — Daß an die Stelle der „Pariser Cancaneusen“ dort seit einigen Tagen „Französische Tänzerin“ getreten sind, ändert an der Sache nichts. Es ist jedenfalls derselbe Faden, vielleicht nicht einmal eine andere Nummer, der dort jetzt „gefanzelt“ wird.

Franreich.

Zur Dynamitverschöpfung. Die Frage, ob der in Boulogne verhaftete Dyan wirklich die berüchtigte Nr. 1 ist, muß noch als offen betrachtet werden. Viele sind der Ansicht, daß es gar keine „Nr. 1“ als Anstifter und Leiter der Morde im Böhmer-Parc in Dublin giebt. Giebt es aber eine, so ist sie wahrscheinlich nicht identisch mit dem in Boulogne verhafteten geschwägigen Prahlhans. Dyan selbst sagt freilich, daß er die Nr. 1 sei. Eine Bestätigung dieser Angabe liegt aber nicht vor. Der Auslieferungsantrag der englischen Regierung ist in Paris eingegangen. — Was den in Glasgow verhafteten Bell betrifft, so scheint dessen Angabe, er sei ein Gastwirth

Voory aus New-York, der Wahrheit zu entsprechen, wenigstens wird aus New-York gemeldet, daß die von der englischen Polizei dorthin telegraphirte Personalbeschreibung genau auf den früher in der Lexington Avenue wohnhaft gewesenen Schankwirth Voory paßt.

Belgien.

Auf die neuen Enthüllungen Parminters über die ruchlosen Thaten mancher Kongostaatlichen Offiziere haben wir bereits hingewiesen. Der Brüsseler Korrespondent der „Leipz. Volksztg.“ sendet dazu folgende ausführlichere Darstellung:

Herr Liebrechts, Generalsekretär des Kongostaates, so sagt Parminter in seiner Zuschrift an das Blatt „Soir“ (Abend), fragt mich, warum ich meine Beobachtungen nicht der Centralregierung des Kongostaates mitgetheilt habe, anstatt sie durch das Neuter'sche Bureau unter das Publikum zu schleudern. Aber wozu denn? Sind etwa die Mitglieder der Centralregierung nicht ebenso gut davon unterrichtet wie ich? In den Gerichtsakten zu Lukungju (nördlicher Kongodistrikt) vom Jahre 1890 wird man finden, daß der Chef der Station Manyanga zu fünfhundert Franken Geldbuße verurtheilt worden ist, weil er durch Peitschenhiebe und Kolbenstöße zwei seiner Boys (schwarze jugendliche Diener) getödtet hat; und zwar geschah es, weil der Herr in einem sündlichen Rausche glaubte, sein Koch wolle ihn vergiften. Der Koch rettete sich durch schleunige Flucht, die beiden armen Boys mußten an seiner Stelle bluten. — Seinem eigenen Briefe fügt Parminter einen anderen an, den er von einem Kollegen, ebenfalls einen Civilbeamten des Kongostaates, erhalten hat (den Namen des Schreibers nennt der „Soir“ vorläufig nicht). Auch dieses Schreiben wirft ein bezeichnendes Licht auf die Thaten gewisser Kulturpioniere im schwarzen Erdtheil. Einige Stellen voller schneidender Ironie seien hier wiedergegeben:

Gechter Herr Parminter! Eine große Menge! Hier ist der Krieg ausgebrochen am 21. April 1894. Sehr schön! Großer Sieg! Sechzig Frauen, Kinder und Greise bedecken das Schlachtfeld. Herr F. . . . habe ich noch viel genauer beschrieben, was hier geschehen ist, und Ihnen werde ich nach Ihrer Mühseligkeit viel zu erzählen haben. Nicht ein gesunder Mann ist gefallen. Unter den Ermordeten (ich kann dies Wort nicht umgehen) sind einige sündlich verstimmt, um sie zu berauben, wohlverstanden! Die Waisenkinder (ein Negerstamm) sind noch nicht wieder zurückgeführt; aber was das Drolligste ist, die Ngourbos (ein anderer Stamm) haben die Suppe ausöffeln müssen ohne zu wissen warum! Welch kleiner Schäfer, dieser Kommandant, und welch ein Held! . . . Es versteht sich von selbst, daß ich dem Herrn einen Brief in einem beliebigen Blatte für die Thaten dieses Tages referiren werde.

Diese schweren Anklagen nebst all den anderen, nebst denen wegen der ungesetzlichen Hinrichtung des Engländers Stokes, zeigen erschreckend deutlich, wie die belgischen Offiziere ihr civilisatorisches und kolonijatorisches Werk in Afrika betreiben. — Nach dem Zusammentritt der belgischen Kammer wird der Minister des Auswärtigen Erklärungen abgeben müssen über alle diese Schandthaten, die der kapitalistischen Gewinnsucht, der sie entsprossen, würdig sind.

Versammlung der Bürgerschaft.

Montag den 21. September.

Der zweite stellvertretende Vorkämpfer, Herr Stein, eröffnete um 10 Uhr 15 Min. die Versammlung. Er gab bekannt, daß der Vorkämpfer, Herr Dr. Sommer, krankheits halber beurlaubt und der erste Stellvertreter derselben, Herr Boffehl, verzeilt sei. Hierauf wurde ein Schriftstück verlesen, worin Herr Th. Bloch die Bürgerschaft benachrichtigt, daß er sein Ehrenamt als Bürgerchaftsmitglied niederlege. Desgleichen kam ein Schriftstück zur Besetzung, worin Herr Redlin wegen Fortzugs von Lübeck nach Mecklenburg sein Amt niederlege. Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß die Bürgerschaft nunmehr anstatt 120 Mitglieder nur noch deren 114 zähle.

Nachdem die Mittheilungen des Senates entgegengenommen waren, wurde zu Punkt 1 der Tages-Ordnung: „Reueban der Orgel in der Kirche zu Travemünde“ geschritten. Der Kirchenrath hatte in einem Antrage vom 13. Juli d. Js. dem Senate die Nothwendigkeit dargelegt, mit dem wegen Reparatur-unfähigkeit des jetzigen Werkes unvermeidlich gewordenen Neubau einer Orgel in der Kirche in Travemünde alsbald vorzugehen, und darauf hingewiesen, daß nach Lage der Verhältnisse der Reue-münder Kirchengemeinde dies um so unbedenklicher sei, als die Entnahme der Kosten mit Mk. 9667 aus dem Kapitalvermögen der Kirche ohne Schädigung für die Deckung ihrer laufenden Erfordernisse thunlich sein werde. Der Senat, gestützt auf diese Darlegungen, beantragte nun, daß der Vorstand der St. Lorenz-Kirchengemeinde zu Travemünde ermächtigt werde, aus dem Kapitalvermögen der Kirche den Betrag bis zu Mk. 9667 zur Herstellung einer neuen Orgel und zur Beschaffung der damit verbundenen Bauarbeiten zu verwenden. Der Bürgerausschuß hatte sich gütlich für die Mitgenehmigung dieses Antrages durch die Bürgerschaft ausgesprochen.

H. M. Fr. Sartori führte an, daß die Orgel in Travemünde wegen ihres klaglichen Zustandes den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspreche. Nach einem Gutachten des Organisten Meyer daselbst und des Orgelbauers Kempfer lasse sie eine Reparatur nicht mehr zu und müsse das Beck neu erstellt werden. Die Kosten der Erneuerung würden 9667 Mark betragen. Mit dem Orgelbau sofort vorzugehen, scheint um so weniger bedenklich als die finanziellen Verhältnisse der Reue-münder Kirchengemeinde sehr günstige wären. Die Abrechnungen der letzten fünf Jahre haben einen Gesamt-Ueberschuß von 6225,41 Mark zu verzeichnen. Das Budget des Jahres 1896 ließe einen Ueberschuß von 2000 Mark erwarten. Es würden daher nach Verwendung obiger 9667 Mark die Einnahmen der Kirche noch ausreichen, um den laufenden Erfordernissen zu genügen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf kam man zu Punkt 2 der Tages-Ordnung: Gewährung einer Altersunterstützung an den Hilfsarbeiter am Steuerbureau Johannes August Havemann. Die Steuerbehörde hatte am 21. Juli angezeigt, daß der über 69 Jahre alte, seit fast 22 Jahren am Steuerbureau diätarisch beschäftigte Hilfsarbeiter Havemann wegen Krankheit und hohen Alters dienstunfähig sei und daß daher seine Entlassung zum 1. September d. Js. nothwendig geworden sei. Da Havemann mittellos und erwerbsunfähig ist, auch Angehörige von denen er unterstützt werden könnte, nicht besitzt, so hat die Steuerbehörde, ähnlich früheren Vorgängen folgend, die Gewährung einer Altersunterstützung von jährlich 500 Mk. für ihn beantragt. Der Senat erachtete die Sachlage auch seinerseits für solches Vorgehen als

durchaus geeignet und die vorgeschlagene Höhe der Altersunterstützung als angemessen. Im Einzelnen auf die Vorlage Bezug nehmend, verstellte daher der Senat auf Grund des Art. 51 X der Verfassung zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft:

„daß der Steuerbehörde zur Gewährung einer Altersunterstützung an den mit dem 1. September d. Js. wegen Dienstunfähigkeit zu entlassenden Hilfsarbeiter am Steuerbureau Johannes August Havemann die Summe von Mk. 500 jährlich, solange Havemann solcher Unterstützung bedürftig ist, eventuell bis an sein Lebensende, zur Verfügung gestellt und das Erforderliche für das laufende Rechnungsjahr mit Mk. 291,78 auf die im Abschnitt XIV der Ausgabenseite des Staatsbudgets für 1896/97 vorgesehenen Mittel angewiesen, für die künftigen Jahre aber die volle Summe von Mk. 500 in das Staatsbudget aufgenommen werde.“

Der Bürgerausschuß hatte sich gütlich für die Mitgenehmigung dieses Antrages durch die Bürgerschaft ausgesprochen. H. M. Fr. Sartori erwähnte, daß seit drei Jahren ein solcher Antrag nicht mehr vorgelegt habe. Es wäre dieses 1892 gewesen, wo man gleichfalls beschloß, dem Hilfsarbeiter Kipp am Steuerbureau eine jährliche Unterstützung von Mk. 500 zu bewilligen. Redner fragte zum Schluß mit Rücksicht auf die bei verschiedenen Behörden beschäftigten Diätaren an, ob es nicht angebracht sei, hierzu eine allgemeine Regelung zu schaffen.

Senatskommissar Dr. Klesling kam sich für die Anrede des Vorredners nicht begeistern und weist besonders auf die hierdurch entstehenden Schwierigkeiten hin. Die Anzahl der beschäftigten Diätare bei den einzelnen Behörden habe sich in den letzten Jahren sehr verringert. Ferner rechneten zu den Diätaren ganz junge Leute, welche theilweise noch in der Lehre wären. Diese müsse man in jedem Falle immer erst prüfen, ehe man ihnen eine gesicherte Stellung gewähren könne. Es könnte sich im solchen Falle nur um solche Leute handeln, welche dauernd beschäftigt würden. Er könne in diesem Falle nur empfehlen, den Antrag anzunehmen. Der Antrag wurde alsdann einstimmig angenommen.

Nunmehr kam man zu Punkt 3 der Tages-Ordnung: Er richtung einer Baugewerkschule. Die Ober-Schulbehörde hatte sich an den Senat mit dem Plan der Errichtung einer Baugewerkschule hier selbst in Verbindung mit der Gewerkschule auf Grund einer ihr über diese Frage erstatteten Gutachten des Direktors Bedewerth gewandt. Sie ist bei ihren Erwägungen zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieser Plan nicht nur ohne erhebliche Kosten durchführbar, sondern daß seine baldige Verwirklichung für Lübeck von hoher Bedeutung sein würde, und daß zur Zeit dafür alle Verhältnisse noch auf das Günstigste zusammenzutreffen. Sie hat daher die Errichtung einer dem preussischen Muster entsprechenden Baugewerkschule nach einem von ihr vorgelegten Organisationsplane beantragt. Der Senat erachtete nach eingehender Prüfung die für die Errichtung einer Baugewerkschule hier selbst dargelegten Gründe für zutreffend, fand auch gegen den Organisationsplan, welcher durch Anlehnung an die Gewerkschule diese selbst in allseitiger Weise fortentwickelt und deren Beschränkungen zu größerer Wirksamkeit heranzieht, nichts zu erinnern. Demgemäß beantragte der Senat:

1. In Verbindung mit der Gewerkschule ist eine Baugewerkschule zu errichten, welche der Leitung des Direktors der Gewerkschule zu unterstellen ist. Die Verwaltung der Schule wird der Abtheilung der Ober-Schulbehörde für die Gewerkschule übertragen.

2. Der Unterricht findet in vier Klassen statt, neben denen, soweit erforderlich, Parallellassen zu bilden sind.

3. An der Baugewerkschule sind neben dem Direktor acht pensionberechtigte Oberlehrer, sowie Hilfslehrer in entsprechender Zahl anzustellen.

Die Wahl der Oberlehrer erfolgt auf Vorschlag der Ober-Schulbehörde durch den Senat, die der Hilfslehrer durch die Abtheilung der Ober-Schulbehörde für die Gewerkschule.

4. Dem Direktor der Gewerkschule ist für die Leitung der Baugewerkschule eine bei der Pensionierung in Anrechnung zu bringende jährliche Zulage zu seinem Gehalt von 1200 Mk. zu gewähren. Das Gehalt der Oberlehrer wird auf 3000 Mk., von drei zu drei Dienstjahren um je 375 Mk. bis 6000 Mk. steigend festgesetzt.

Die Oberlehrer sind zu verpflichten, im Sommer bis zu 22, im Winter bis zu 28 Unterrichtsstunden wöchentlich zu erteilen.

5. Das im Voraus zu entrichtende Schutzgeld beträgt halbjährlich 80 Mk., für die Theilnahme an dem Wasser- und Wegebaukursus 60 Mk.

Für die Abgangsprüfung wird eine Gebühr von 10 Mk. erhoben.

6. Die Baugewerkschule ist am 1. November d. Js. zu eröffnen, zur V. Streitung der nach dem vorgelegten Budget (Anlage III) im Etatsjahre 1896/97 erforderlichen Kosten ist der Ober-Schulbehörde die Summe bis zu 10 250 Mk., soweit nach Mitverwendung der zu erwartenden Einnahmen erforderlich, aus den im Abschnitt XIV des diesjährigen Staatsbudgets vorgesehenen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

7. Die Deputation ist zu beauftragen, die in dem Berichte des Direktors Bedewerth vom 30. Mai d. Js. als erforderlich bezeichneten hiesigen Veränderungen im Schulhaufe der Gewerkschule im Sommer des Jahres 1897 zur Ausführung zu bringen.

Der Bürgerausschuß hat der Bürgerschaft die Mitgenehmigung dieser Anträge gütlich empfohlen, gleichzeitig jedoch an den Senat einstimmig das Ersuchen gerichtet, die Ober-Schulbehörde zu ermächtigen, schon jetzt mit der Ausschreibung der beiden Lehrstellen für die demnächst zu eröffnende Baugewerkschule vorzugehen und die Aufforderung zur Meldung von Schülern zu erlassen.

Der Senat hat im Hinblick darauf, daß es erwünscht erscheint, schon zum 1. November dieses Jahres die Baugewerkschule zu eröffnen, kein Bedenken getragen, diesem Ersuchen sofort zu entsprechen.

H. M. Fr. Sartori stellte den Antrag, die Bürgerschaft wolle die Sache an eine Kommission verweisen. Ferner kritisierte er, daß Herr Direktor Bedewerth die Zahl der Schüler viel zu hoch und dem gegenüber die Zahl der Lehrer zu gering geschätzt habe. Auch habe er die Besoldung zu niedrig veranschlagt. Jeder Lehrer habe 28 Stunden wöchentlich nach dem Stundenplane. Für einen Regierungs-Baumeister müsse man 6000 Mark und nicht 4000 wie veranschlagt worden, ausgeben; man habe in Lübeck solche Kräfte nicht billiger wie in Preußen. Weiter befanden sich die Herrn, welche die Sache durchbesaßen hätten, in Bezug auf die Organisation in einem großen Irrthum. Lehrer mit voller akademischer Bildung seien sehr schwer zu bekommen. Man müsse sich mit solchen Kräften begnügen, welche kein Examen gemacht hätten. Darum habe man in Preußen zwei Klassen Lehrer geschaffen. Direktor Bedewerth schweige aber in seiner Ausarbeitung von der zweiten Klasse der Lehrer vollständig. Redner bedauerte, daß nicht von vornherein Stellen für Lehrer mit voller und nicht voller Hochschulbildung in Aussicht genommen worden sind. Man könne weiter dem vorläufigen Bedürfnis einer Schule genügen, wenn man dieselbe nur für Lübeckische Staatsangehörige errichte. Die Presse habe das Verhalten der Bürgerschaft kritisiert, weil man die Lehrstellen schon ausgeschrieben habe, ehe die Bürgerschaft den Antrag genehmigt habe. Dieses wäre jedoch nicht so schlimm, es würde hierdurch neues Material geschaffen und könne man, wenn der Antrag an eine Kommission verwiesen würde, ihn während des Winters ruhig überlegen. Wenn diese Schule aber so kurzer Hand bewilligt würde, so wäre es eine Ausgabe, welche alle Jahre wiederkehrte. 20 000 Mark entspräche einem Kapital von 1/2 Million, und wenn man berechnete, daß man das Doppelte haben müsse, so wäre dieses eine Million. Woher aber dieses Geld nehmen? Vielleicht die Steuerkräube noch mehr anziehen? — Es

Lübeck und Nachbargebiete.

22. September.

Die Geschäfte der Redaktion sind mit dem heutigen Tage wieder in die Hände des Unterzeichneten übergegangen. Die Sprechstunden finden wieder wie früher Mittags 12—1 1/2 Uhr statt und wird um Innehaltung dieser Zeit ersucht. Zugleich fühlt der Unterzeichnete sich veranlaßt, allen denen, die in so liebevoller Weise während der Haft, sowie bei der Entlassung aus dem Gefängniß seiner gedacht haben, seinen herzlichsten Dank auszusprechen! Hoch lebe die Sozialdemokratie!

Otto Friedrich.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet bereits am nächsten Montag statt. — Die gestrige Versammlung mußte nämlich wegen Beschlunfähigkeit des Hauses vertagt werden. Mehrere „Väter der Stadt“ hatten sich bereits gedrückt, als es zur Berathung des siebenten Antrages „Erweiterung des Elektrizitätswerkes“ kam.

Bewegung der Bevölkerung. Im Monat August 1896 fanden nach dem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Lübeck folgende Veränderungen in der Bevölkerung statt: Es wurden 209 Kinder geboren, davon waren 190 ehelich, 19 unehelich, 99 männlich, 110 weiblich. Todgeborene wurden gemeldet: 31 ehelich, 1 unehelich; 1 männlich, 2 weiblich. Es starben während dieses Monats 95 Personen. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 30 (darunter 7 unehelich), von 1 bis 5 Jahren 13, (darunter 2 unehelich), von 5 bis 10 Jahren 1, von 10 bis 15 Jahren 3, von 15 bis 20 Jahren 1, von 20 bis 30 Jahren —, von 30 bis 40 Jahren 6, von 40 bis 50 Jahren 9, von 50 bis 60 Jahren 8, von 60 bis 70 Jahren 8, von 70 bis 80 Jahren 9, von 80 bis 90 Jahren 7, über 90 Jahren 0. — Es starben an: Angeborene Lebensschwäche 6, Abzehrung —, Altersschwäche 6, Blutvergiftung —, Bräune —, Brechdurchfall 6, Brust- und allgemeine Wässerucht 1, Darm- und Bauchfellentzündung —, Darmlataren 5, Diphtheritis —, Gehirnentzündung —, Gehirnverwundung —, Gehirnschlagfluß 5, Gelenkrheumatismus —, Herzfehler 8, Krampfhusten —, Arteriosklerose 8, Krampfadern 8, Lungenlataren (chronischer) 8, Lungen- und Luftröhrenentzündung 3, Lungenlähmung —, Lungenüberfülle (Schwindlicht) 8, Magenentzündung —, Masern und Röttheln 4, Mierentränheit 4, Pocken —, Ruhr —, Scharlach —, Typhus (gastrischer und Nervener) —, Verletzungen 1, Wochenbettfieber —, übrigen Krankheiten 15, Selbstmord —, Unglücksfall 1, unbekannt 8.

Verlegung eines öffentlichen Fußweges. Mit Genehmigung des Polizeiamtes ist der von der Körnerstraße nach der Rahlhorststraße führende öffentliche Fußweg in die Overstedtstraße bis zu deren jetzigem östlichen Endpunkte und von da ab bis zur Einmündung in die Fortsetzung seines Laufes nach der Rahlhorststraße an die östliche Grenze der zur Zeit im Eigenthume des Kaufmannes Eduard Jappe stehenden Ländereien verlegt worden.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abth. II, am Mittwoch den 23. Septbr. 1896, Vormittags 11 Uhr werden verlesen werden: 1. das Testament des hieselbst am 8. Septbr. 1896 verstorbenen Rentiers J. C. W. Widmann; 2. das Testament des hieselbst am 11. Septbr. 1896 verstorbenen Kaufmannes W. J. Art; 3. das Testament des hieselbst am 21. Juli 1896 verstorbenen Lokomotivführers a. D. J. L. H. Vinsin.

Von der Gemeindeversammlung in Wulfsdorf ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen H. H. Burmeister der Hüfner J. H. J. Lüth zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren gewählt worden. Der Hüfner Lüth ist in genannter Eigenschaft bestätigt.

Das Reichsgericht über den Schnurrbart. Schneidet Jemand einem Anderen gewaltsam, wider den Willen des Anderen, den Bart oder Theile desselben ab, ohne ihm dabei Schmerz zu bereiten, so ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Strafsenats, vom 25. Juni resp. 2. Juli 1896 der Thäter deshalb nicht wegen Körperverletzung zu bestrafen, wohl aber kann darin eine strafbare Verletzung gefunden werden. — Wenn die Strafkammer zu der Feststellung gelangt ist, durch die Angeklagten sei irgend ein Schmerzgefühl oder körperliches Unbehagen nicht hervorgerufen worden, so war es nicht rechtsirrig, den Begriff einer Körperverletzung nicht anzunehmen. Der Gesichtspunkt der Verletzung der körperlichen Unversehrtheit genügt nicht, weil die Unversehrtheit des Körpers an und für sich kein strafrechtlicher Begriff und ihre Verletzung nicht abfolgt, sondern nur in Beziehung auf die Rechtsgüter, gegen die sich der rechtswidrige Angriff richtet, unter Strafe gestellt ist; und hier ist der Punkt, von dem aus der Revision stattzugeben war. Das verletzete Rechtsgut kann zwar und wird in der Regel das körperliche Wohlbefinden sein, dann liegt zweifellos Körperverletzung vor. Das Gesetz hat aber auch Thätlichkeiten vorgezogen, bei denen dies nicht der Fall ist, sondern das Rechtsgut der Ehre verletzt wird (§ 185 Str.-G.-B.).

Für Maurer dürfte eine Entscheidung des Reichs-Vereinsamtes von großer Bedeutung sein, die kürzlich gefaßt wurde. Der Maurer E. wurde eines Tages dadurch in der Arbeit aufgehalten, daß sein Meißel abstumpfte. Er begab sich schleunigst in die dicht bei der Arbeitsstätte gelegene Fabrik Schmiede, um den Meißel zu schleifen. Hierbei verletzte er sich. Die Baugewerks-Vereinsgenossenschaft lehnte es ab, ihm eine Unfallrente zu gewähren. Das Schiedsgericht verurtheilte jedoch die Beklagte und das Reichs-Versicherungsamt erkannte ebenfalls zu Gunsten des Klägers. Aus den Gründen, welche das Referatgericht zu seinem Urtheil veranlaßten, ist folgendes hervorzuheben: Die Thätigkeit des Klägers, bei der er verunglückte, sei noch dem Baubetriebe zuzurechnen, in dem E. beschäftigt wurde. Allerdings sei richtig, daß das Schleifen des Meißels an und für sich eine privatwirtschaftliche Thätigkeit des Klägers gewesen sei; hier jedoch sei der Charakter derselben als einer privatwirtschaftlichen Thätigkeit dadurch verwischt worden, daß ein ziemlich großes Betriebsinteresse in Frage kam. Der Kläger habe offenbar sich durch die Absicht, die unfreiwillig unterbrochene Arbeit möglichst bald fortzusetzen, dazu bestimmen lassen, die nächste beste Gelegenheit auszunutzen, wo er sein Werkzeug wieder in Ordnung bringen konnte. Weil die Reparatur in den Arbeitsstunden erfolgte und ganz nahe bei der Betriebsstätte, sei anzunehmen, daß er sich noch im Banne des Baubetriebes befunden habe.

Allgemeiner Deutscher Tapezierverein (Filiale Lübeck). Versammlungsbericht vom 9. September 1896. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, Beitragszahlung. 2. Vortrag über Vereinsgesetz und Vereinsrecht. 3. Verschiedenes. Nachdem der 1. Punkt erledigt war, hielt Genosse Fein einen Vortrag über Vereins-

gesetz und Vereinsrecht, welcher von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Im Verschiedenen verlas noch der Vorsitzende einen Artikel aus unserem Correspondenzblatt.

Das Dampfschiff „Dana“, welches bei Grästären unweit Uxelönd gestrandet ist, wurde 1858 in Stockholm gebaut, 273 Tons groß vermesen und mit Maschine von 80 Pferdekraft versehen. „Dana“ war, nach der „E.-Z.“, in der Fahrt auf Lübeck seit 1888, an Stelle des seit 1869 dieselbe Verbindung unterhaltenden kleineren Dampfschiffes „Transit 3“ von Stockholm und Norrköping mit Umlaufen verschiedener Häfen beschäftigt, bis Ende 1892 für Rechnung der Stockholmer Dampfschiffs-Gesellschaft „Södra Sverige“, seit 1894 für Rechnung der Stockholmer Dampfschiffs-Gesellschaft „Stockholm-Lübeck“, 1893 fuhr dasselbe zwischen schwedischen Häfen.

Ertrunken. Die zehnjährige Tochter des Arbeiters Duade, wohnhaft Moislinger Haide, fiel am Sonntag Nachmittag 2 Uhr beim Spielen von der Angelbrücke bei Babelügge in die Trawe und ertrank, da Leute zur Hülfeleistung nicht in der Nähe waren. Erst nach 5 Uhr konnte die Leiche gelandet werden.

Wegen Unterschlagung wird sich ein Arbeiter von hier, welcher sich bereits wegen Diebstahls in Untersuchungshaft befindet, zu verantworten haben. Er hatte sich in ein einem Abzahlungsgeheft Sachen gekauft und dieselben, obwohl sie nicht bezahlt waren, anderweitig verkehrt.

Hamburg. „Militärische“ Milchpant-scherei. Allgemeine Heiterkeit, so schreibt das „Hamb. Echo“, erregte in der letzten Versammlung des Vereins Hamburger Milchhändler die Mittheilung des Verbands-tagsdelegirten, daß ein großer Gutsbesitzer, der nebenbei Reserve-Lieutenant ist, bei der Milchverfälschung erwischt wurde. Die Zivilbehörde lehnte jedoch eine Bestrafung ab, da der Herr als Reserve-Lieutenant den Militärgerichten untersteht!!! — So geht es in der modernen Welt zu!

Hamburg. Der Versuch, unserer Partei einen Sitz zur Bürgerschaft zu erringen, ist mißlungen. Der Kandidat Dr. Frisinnigen, Köhn, ist gewählt worden.

Achtung, Steinseker! Die Steinseker von Hamburg haben am 18. September den Generalstreik proklamirt. Zugung ist fernzuhalten.

Der Streik der Werftarbeiter in Hensburg dauert unverändert fort. Der Fabrikinspektor Regierungsrath Nittershausen war ersucht worden, die Vermittlung zu übernehmen; derselbe wird jedoch nicht unterhandeln, da keinerlei Aussicht auf eine Einigung besteht. Der Zusammenhalt der Ausständigen ist gut. Zugung ist streng fernzuhalten. Finanzielle Unterstützung wird auch weiter dringend erbeten.

Rostock. Genosse F. K a n d t erläßt in der „Meckl. Volks-Zeitung“ folgende Erklärung:

„Um den verschiedenen Anfragen und falschen Unterstellungen zu begegnen, erkläre ich, daß ich die Kandidatur zum deutschen Reichstag für den 6. mecklenburgischen Wahlkreis nur deshalb niedergelegt habe, weil ich mich schon seit längerer Zeit krank fühle und voraussichtlich nicht im stande bin, die schwere Aufgabe noch erfüllen zu können. Ich werde aber auch in Zukunft alles, was in meinem Können liegt, für unsere Partei thun.“

Rostock. Von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde der Stud. jur. Söfving aus Güstrow, Sohn des Pastors S. daselbst, wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. S. hatte im Sommersemester 1894 als Präses der damals freischlagenden Verbindung, jetzigen Korps, „Wifigothia“, von den ihm anvertrauten Geldern für den von der Studentenschaft zu Ehren des nach Stralsburg scheidenden Professor Dr. Mandelung veranstalteten Kommerz 130 Mark unterschlagen.

Oldenburg. Die Regierung hat die englischen Arbeiterführer ausgewiesen und die Seemannsversammlung in Nordenham verboten. — Auch in Oldenburg scheint es ein erstes Gebot „Heilig ist das Rhederkapital“ zu geben.

Sterzhang-Biehmarkt.

Hamburg, 21. September.

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Angefaßt wurden 1570 Stück, davon vom Norden - Städ, vom Süden - Städ. Preise: Verkaufsschweine schwere 47—49 Mk., leichte 46—48 Mk., Sauen 36—42 Mk. und Ferkel 42—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:	
Montag, den 21. September.	
Nachmittags	
1,20	Anna Christine, Hagelstein, von Neustadt in 12 Std.
5,40	D. Bore, Beskow, von Stockholm in 54 Std.
5,50	D. Linnea, Nyberg, von Kexal in 51 Std.
9,30	D. Lidland, Ahrens, von Riga in 57 Std.
Dienstag, den 22. September.	
Vormittags.	
3,10	D. Luba, Lomer, von Königsberg in 36 Std.
4,15	D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen in 12 Std.
5,45	D. Maja, Stor, von Petersburg in 5 Sg.
6,—	D. Frederik, Steenbock, von Stugund in 5 Tg.
8,20	Andreas, Bertelsen, von Lemkenhof in 1 Tg.
— Christine, Dittmer, von Heiligenhafen in 1 Tg.	
— Eben-Gar, Rasmussen, von Fehmarn in 1 Tg.	
8,40	D. A. W. Ravemann, Steinhagen, von Danzig in 37 Std.
Abgegangen:	
Montag, den 21. September.	
Nachmittags.	
1,50	D. Vorkam, Zampel, nach Holtenau.
7,15	D. Palmstad, Lundin, nach Kopenhagen.
7,45	Emmeline, Hagedorn, nach Fehmarn.
Dienstag, den 22. September.	
Vormittags.	
12,50	D. Gustav Waja, Svebberg, nach Stockholm.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr B.: S. schwach — 6,43 m.	

wäre ja sehr schön, wenn man für das Gewerbe auch etwas schaffe, nachdem man den Kaufleuten durch den Kanal so viel geschaffen habe. Aber eines müsse man hierbei immer im Auge haben: „Man möge das Defizit nicht noch größer machen, als es ohnehin schon ist.“

Senatskommissar Dr. Brehmer hegt gegen den Antrag seines Vorredners Bedenken und erwähnt, daß es in der Presse wiederholt erörtert sei, warum man nicht der Schule näher treten sollte. Die Behörde habe sich von der Gewerbelammer drängen lassen. Daß Vorredner der Behörde den Vorwurf mache, man habe die Einnahme zu hoch und die Ausgaben viel zu niedrig angesetzt, sei nicht an dem. Redner erinnert an die Zahl der Schüler auf den Baugewerkschulen Rienburg, Hützer und Buxtehude und versichert, daß auch hier die angemessene Schülerzahl thätig erreicht werde. Man habe der Ausgabe wegen die Zahl der festen Lehrer nur auf 8 festgesetzt und beabsichtige, den Mehrbetrag durch Hilfskräfte zu ersetzen. Sollte sich aber später die Vermehrung des Lehrpersonals notwendig machen, so müsse Remedur geschaffen werden. Was die akademische Schulbildung der Lehrer anbelange, so müßten sie außer der Hochschulbildung ein Zeugniß der Praxis beibringen, wie sie sich bereits bewährt haben. (Auf: Sehr richtig.)

B. M. Sartori schließt sich dem Vorredner voll und ganz an und ganz an und sagt, daß die Schule ein so dringendes Bedürfnis sei, daß selbst, wenn die Ausgabe anstatt 21000 Mk. 50000 Mk. betragen würde, die Schule errichtet werden müsse. Zum Schluß seiner Rede bittet er, den Antrag auf Kommissionsverweisung abzulehnen.

B. M. Dr. Müller ist durchaus kein Gegner, glaubt aber, daß die Ausgabe eine viel höhere werden wird. Man habe hier die Gehalts-Berechnung der preussischen Lehrer mit und ohne Hochschulbildung angenommen und dann diese Summe für einen hiesigen Lehrer festgesetzt. Daß der Senatskommissar die Anzahl der Schüler von Buxtehude, Rienburg etc. in Betracht gezogen habe, müsse einem nicht irre machen, denn er sage: je mehr Schüler, je mehr Lehrer, und je mehr Lehrer, je mehr Geld. Zum Schluß weist er nochmals darauf hin, daß er durchaus kein Gegner der Schule sei, er erblicke vielmehr große Vortheile in der Errichtung derselben. Er meint jedoch, die Angelegenheit nicht über's Knie zu brechen und plaidirt für den Antrag auf Kommissionsverweisung.

B. M. Hempel erwähnt, daß einige Redner gesagt haben, es liege kein Bedürfnis vor. Wenn wir sagen wollten: wir bezahlten das Geld nicht für Fremde, so wäre das grundfalsch. Denn können viele Fremde von außerhalb, so sei die Schule erst recht nöthig, weil von dem Zugang der fremden Schüler die ganze Stadt Vortheil habe.

B. M. Dr. Baetke will nicht die überflüssige Annahme dieses Antrages und wünscht deshalb die Verweisung an eine Kommission.

Senatskommissar Dr. Eschenburg ist der Meinung, daß, wenn die Vorlage an eine Kommission verwiesen werden würde, die Schule in diesem Winter nicht mehr eröffnet werden könne.

B. M. Dr. Brehmer faßte sich kurz und sagte, daß seine Zeit mehr für kommissarische Berathung sei. Die Vorlage sei genügend geprüft und müsse die Erfahrung das Weitere lehren. Die Zahl der Schüler auf den Baugewerkschulen sei so groß, daß jährlich Tausende zurückgewiesen werden müßten. Redner glaubt, daß, wenn man jetzt den Schritt thue, man das Rechte getroffen habe. Warte man aber noch, so würden sich die Schüler von Lübeck weg und nach Mecklenburg oder Estin verziehen. Hierauf bittet er, die Vorlage so anzunehmen, wie sie unterbreitet sei.

B. M. Buchwald als Mitglied der Kommission des Bürgerausschusses erklärt, daß man Lübeck mit der Schule nur auf der Höhe zu erhalten suche. Unsere Stadt werde durch die Baugewerkschule nur gewinnen. Seine Ueberzeugung gehe dahin, daß der indirekte Vortheil ein großer für die Mehrzahl der Einwohner Lübeck's sei.

B. M. Lauenstein bringt einen Antrag ein, wonach die Stadtgemeinde Lübeck zu den Kosten der Baugewerkschule mindestens die Hälfte bezahlen soll.

B. M. Dr. Baetke meint, was die Ausführung von Buchwald anbelange, so habe er eine Rede gehalten, auf die er Bravo erufen könne. Es habe aber bis jetzt noch keiner gesagt, wie wir zu dem Gelde kommen würden. Deshalb wünsche er die kommissarische Berathung.

B. M. Schacht als Mitglied der Kommission des Bürgerausschusses ist der Meinung, daß die Kommission die Vorlage genau geprüft habe, und glaube er, daß dieselbe voll und ganz angenommen werden könne. Wählten wir eine Kommission, so würden wir auch nicht klüger sein. Er für seine Person könne die Vorlage nur von ganzem Herzen empfehlen.

B. M. Dr. Brehmer verliest gegen den Antrag von Lauenstein den Artikel 26 der Verfassung, wonach die Mitglieder der Bürgerschaft nicht ihren Bezirk, sondern den ganzen Staat vertreten.

Nachdem noch einige Redner gesprochen, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag des B. M. Dr. Baetke wurde abgelehnt. Nunmehr wurde zur Einzelberatung geschritten. Zu Punkt 3 lag ein Antrag von Dr. Müller vor, die fest anzustellenden Lehrer anstatt Oberlehrer nur Lehrer zu nennen.

B. M. Dr. Müller führt u. A. als Grund hierfür an, daß der Ausdruck Oberlehrer kein Titel, sondern nur eine Amtsbezeichnung sei. Für die Schüler sei das ganz gleich, desgleichen für auswärtige Behörden. Auch gäbe ein Baumeister auf einen Oberlehrertitel nichts. (Große Unruhe.)

Senatskommissar Dr. Eschenburg: Die Oberschulbehörde hat die Bezeichnung Oberlehrer genommen, damit man weiß, was's Geisteskind man vor sich hat; nämlich akademisch gebildete Lehrer. Es bleibe nur noch die Frage offen, ob man sie nicht gar Professoren nennen sollte. (Allgemeines Gelächter.)

B. M. Dr. Baetke: Müller will keineswegs den Lehrern den Titel Oberlehrer vorenthalten. Gegen den Titel Professor hat er durchaus nichts, nennt man doch im Süden (Frankreich und Italien etc.) jeden Lehrer — Professor. Der Senat, sowie die Behörde sollten hier in jedem Falle entscheiden, ob der Titel Oberlehrer angebracht ist oder nicht.

B. M. Eisenbahndirektor Dr. Brecht: Müller steht in seiner Weise der Errichtung der Schule entgegen. Die Herren mit und ohne Hochschulbildung müßten sich in Lehrer erster und zweiter Klasse scheiden. Er bitte daher den Antrag anzunehmen.

B. M. Dr. med. Ziehl stimmt gleichfalls dem Antrag Müller bei.

B. M. Dr. Brehmer: Die Bürgerschaft will keine Titel, sondern nur Amtsbezeichnung. Oberlehrer sei eine Amtsbezeichnung. Man wolle hier Leute haben, welche sich bewährt haben. Mittlerweile ist ein Antrag auf Schluß der Diskussion einge-
laufen.

Der Antrag Müller wurde abgelehnt.

Nunmehr kam man zur Berathung des Absatz 6 sowie des Antrages Lauenstein.

B. M. Meinte-Travemünde findet den Antrag Lauenstein berechtigt.

Senatskommissar Dr. Brehmer ist der Meinung, daß die Annahme des Antrages Lauenstein die ganze Vorlage gefährde, denn die Schule sei eine staatliche und keine städtische. Er bittet deshalb, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag Lauenstein wurde abgelehnt.

Hierauf wurde der Antrag auf Errichtung einer Baugewerkschule fast einstimmig angenommen.
(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Billig zu verkaufen:

1 Drehmangel, Gartenbank, Olander, Augustenstraße 22a.

Sehr billig zu verkaufen eine 2schläfrige Bettstelle mit fast neuer Seegrasmattlage und Kissen.

Moltkestraße 38, festes Haus am Wasser.

Umzugs halber sind noch einige Betten zu 14, 20 und 26 Mk. zu verkaufen Süßstraße 96, 1. l.

Gesucht zum 1. Novbr. ein Knecht.

St. Lorenz-Bäckerei, Schwart. Allee 16a.

Gesucht sofort ein Schuhmachergehilfe.

F. Baurenfeind, Mühlenstr. 32.

Gesucht zum 1. October eine jüngere, kräftige Frau oder Mädchen für einige Stunden des Tages.

Balauerföhr 18.

Verloren ein Paket mit Modenzettung vom Mühlenhor bis Wakenismauer. Gegen Belohnung abzugeben bei

Fräulein Pattersienn, Engelsgrube 31/11.

Gesucht zum 1. November ein Mädchen, das mit Wäsche Bescheid weiß.

Baulsen, Arminstraße 9a.

Eine geübte Kostüm- und Mantel-schneiderin empfiehlt sich

Dankwartstraße 34, 1. Et.

Geheime Leiden,

Geschlechts-, Haut-, Nasen- und Frauenkrankheiten, Schwäche und Nervenleiden, heile sicher und gründlich. Brieflich mit gleichem Erfolge.

H. C. Riedel, Schmiedestr. 41.

Sprechzeit v. 11—1 u. 7—9 Uhr, auch Sonntags.

Kümmel

Lützenburger Doppel pr. Liter 75 Pfg.
Ernmesser „ „ 75 Pfg.
Gewöhnlicher „ „ 60 Pfg.
sowie alle sonstigen Spirituosen in bester Qualität.
G. Hamann, Gr. Erdbeergrube 55

Kronsbeeren

täglich frisch, empfiehlt
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Bestes Sohlleder in Häuten und im Ausschmitt, sowie Schuhmacher-Artikel sehr billig
C. Kahns, Lederhandlung, Renastraße 5.

In dritter verbesserter Auflage liegt vor:
Joh. Sassenbach

Die Freimaurerei.

Kurze Geschichte, Thätigkeit und innere Einrichtung.
Verlag von J. Sassenbach, Berlin 4.
Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Expedition des Lübecker Volksboten



Ihren reinigen. . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften und ihre nächste Aufgabe.

Mit einem Anhang:
Die Thätigkeit der Vertrauensleute in der Organisation.
Von **Friedr. Hoffmann.**
Preis 15 Pfg.

Sammlung gemeinverständlicher Abhandlungen.

Wovon lebst Du?

Eine der besten Agitationsbroschüren. Aus dem Russischen überetzt von **Simon Dykstein.**
Zu beziehen durch die
Expedition des Lübecker Volksboten.

Geschäfts-Gründung.

Einem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich hier selbst

Breitestrasse No. 54

ein Spezial-Geschäft für

Herren- u. Knaben-Garderoben

verbunden mit Anfertigung nach Maß

eröffnet habe.

Mit der Versicherung billigster und reellster Bedienung empfehle ich mein neues Unternehmen einem geneigten Wohlwollen und zeichne

Hochachtungsvoll ergebenst

Hermann Baade.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die

Adler-Brauerei.

Inh.: G. Teichgräber.

Bier Eigenschaften

sind es, die Jedermann von seiner Kleidung verlangen sollte: Bequemlichkeit, Dauerhaftigkeit, Eleganz und Preiswürdigkeit.

Die Firma „Welthaus Goldene 33“ Inhaber Richard Friedländer, liefert Garderoben, welche alle Eigenschaften in sich vereinen, sie sind

- bequem** weil sie der natürlichen Körperform entsprechend gearbeitet sind;
- dauerhaft** weil sie aus erprobt solidem Material von tüchtigen Schneidern mit Sorgfalt hergestellt;
- elegant** weil sie nicht fabrikmäßig hergestellt, sondern wie Maßsachen nach neuesten Modellen gefertigt;
- preiswürdig** weil die Firma „Welthaus Goldene 33“, Inh. Richard Friedländer, schon allein vermöge ihrer großen Umsätze und Ersparung hoher Ladenmiete mit denkbar bescheidenstem Nutzen arbeiten kann;

deshalb ist die Firma Jedermann als reelle, billige und coulante Einkaufsquelle für

Herren- und Knaben-Garderoben ganz besonders zu empfehlen.

„Welthaus Goldene 33“

Inhaber: **Richard Friedländer**
33 Breitestr. Lübeck, Breitestr. 33
1. Etage, im Hause der „Bavaria“ 1. Etage.

Arbeiter-Katechismus.

Eine socialdemokratische Antwort auf das Preis-Ausschreiben des Pfarrers Weber

zur Anfertigung eines Arbeiter-Katechismus für evangelische Arbeiter.
Preis 10 Pfg. Von **Richard Calver.** Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten.

Forst-Halle in Israelsdorf.

Heute: **Concert und Beleuchtung des Buchenwaldes.**
Musik von der Hoffmann'schen Kapelle.
Eintritt frei!
Die Wagen der elektrischen Bahn fahren bis 11 Uhr. Bei ungünstiger Witterung findet das Concert im großen Saale statt.
Phil. Eckhardt.

Die Schweineschlachterei von W. Strohfeldt

73 Glockengießerstraße 73

empfiehlt:
Frische Flohmen, Pfd. 55 Pf.
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Carbonade . . . Pfd. 60 Pf.
Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pf.
Speck, fett u. mager Pfd. 55 Pf.
Kalbfleisch . . . Pfd. 35 Pf.
Nur hiesige Waare.

Schweizerkäse

empfehle
C. Manzel, Fleischhauerstr. 89.

Limburger Käse,

vollfett u. pikant! St. ca. 1 Pfd. nur 50 Pf.

Allgäuer Kräuter-Käse,

bestat n. würzig! St. ca. 1 Pfd. nur 60 Pf.

Mainzer Handkäse,

größer u. feiner wie Harzkäse, St. 5 Pf.

A.L.W. Uhlich, Johannisstr. 11

F.M. & Co.

Mittwoch den 23. Septbr.,
Abends 8 1/2 Uhr.

Holzarbeiter-Verband

Mittwoch den 23. September,
Abends 8 1/2 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

im Lokale **F. Lecke**, Leberstraße 3.
Tages-Ordnung:
Der Handwerks-Organisationsentwurf
(Referent: Genosse Th. Bartels).
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Mitglieder-Versammlung

der

Schauerleute Lübecks

am Mittwoch den 23. Septbr.,
Abends 8 1/2 Uhr,

bei Herrn **Blohm**, Hundestraße 41.
Tages-Ordnung:
1. Fragekasten. 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

COLOSSEUM.

Donnerstag den 24. Septbr.:

Gr. Concert u. Ball.

Zufang 8 Uhr.
Eintritt: Herren 40 Pf., Damen 20 Pf.
W. Dassler.

Otto Gennburgs Concerthalle

• Täglich großes Concert •
der bekannten Damen-Kapelle Libussa.

Mittwoch und Sonnabend:
Frühshoppen-Concert.

Viel Lärm um Nichts.

Alter Uebung gemäß schleudert in Rom der höchste Priester der Christenheit von Zeit zu Zeit seine Bannblique unter die Logenbrüder auf dem Erdenrund. Zu dem heiligen Blickstrahl rollt dann durch die gesammte Zentrumspreffe der grollende Donner und weckt ein banges Echo in der vor Furcht und heimlichem Grausen bebenden Brust der Gläubigen. Schauernd und dreifach sich befreuzigend liest der fromme Katholik das ultramontane Blatt, das ihm sein Beichtvater empfahl, von den siebenfach teuflischen Ränken und Schwänken satanischer Freimaurerei. Und einen Peter Arbusch sehnt er sich herbei, der den Holzstoß bereite zum Flammenmassentod für das lehrerliche Maurergezücht.

Fast noch schauerlichere Geschichten als von der verachteten Sozialdemokratie künden dem erzitternden Bäuerlein von der Kanzel und im Beichtstuhl sein Seelenhirte von den liberalen und atheïstischen Logenbrüdern. Bis das gemarterte Hirn des Armen im Geiste — ihnen gehöret ja das Himmelreich — nur noch Raum hat für den stupiden Gedanken fanatischen Hasses.

Gut funktioniert der „feingeölte“ Apparat ultramontaner Organisation und die politischen Kesselwärter des Zentrums wissen, warum sie zur höheren Ehre der Kirche das Feuer h. u. halten, es in einseitig gläubigen Köpfe den explosiven Dampf des Fanatismus treibt.

Auch scheint die Kirche trotz ihres, — ach wie wenig erfolgreichen! — Mühens um die soziale Frage noch über ein großes Quantum überflüssiger Zeit zu verfügen, denn sie läßt gerade jetzt die apostolischen Blätter gewaltig klappern zum Sammeln aller Kräfte zur Bekämpfung der Freimaurerei. Und just in derselben Zeit, da dieselben Blätter sich nicht genug thun können im Verspotten der internationalen Bestrebungen des Proletariats, just auch in der Zeit, da die politischen Getreuen der Kirche mehr fast, wie je sich zersplittert, zeigen in partikularistische Eliquen, trompeten die Signalisten des Zentrums den ersten — „internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Freimaurerei“ aus.

Vorbei aber ist längst die Zeit, da die katholische Kirche von ihrem unduldsamen Standpunkte aus mit einem gewissen Rechte gegen die Logen zu Felde ziehen konnte. Und sicherlich hatte Papst Clemens XII., der am 28. April 1838 die Freimaurerei in den Bann that, guten kirchlichen Grund dazu. Erklärlich bleibt der Haß Pius IX. gegen die Logenbrüder, denn sie boten dem Kulturkampf eine Freistätte im geheimen Birkel. Jedoch das katholische Zeitalter Leo XIII. kämpft gegen die Windmühlen, wenn es keine gefalteten Streikkräfte aufbietet zum Kreuzzug wider den Freimaurerschnack.

Denn die Geschichte der Freimaurerei ist die Geschichte des Bürgerthums in fast allen Kulturstaaten. Revolutionär, freigeistig, voller Ideale, so lange es um seine politische Emanzipation kämpfte. Reaktionsär, dummäufertig, bigott nun, da es im Zeichen des Kapitalismus auf seine profitbringende Macht pocht, da es vor der Entscheidung steht, dem Proletariat gegen-

über das feierlich beschworene Versprechen der politischen Gleichberechtigung einzulösen.

Ja, war das Bürgerthum revolutionär, so krystallisirten sich auch in den Logen, deren Mitglieder doch aus dem Bürgerthum, und zwar aus dem katholischen so gut wie aus den andern Gläubigen, hervorgingen, naturgemäß die Zeit-Ideale. Der preussische Minister v. Haugwitz legte im Jahre 1830 dem Fürstentongreß zu Verona eine Denkschrift vor, in der es heißt:

„Ich habe zu dieser Zeit (während seiner Amtsthätigkeit als Großmeister der preussischen Logen) die feste Ueberzeugung gewonnen, daß das, was im Jahr 1788 begann und bald darauf ausbrach, die französische Revolution, der Königsrath mit all' seinen Greueln, nicht allein schon beschlossen, sondern durch Verbindungen, Schwüre usw.) eingeleitet war und Gott weiß wie lange schon bestand. Und in der That gehörten die Personen, welche während der französischen Revolution eine Rolle gespielt haben, fast sämmtlich der Loge an. Robespierre, Danton, Camille Desmoulins, Condorcet, Brissot u. A. waren Logenbrüder.“

Freilich, die reaktionären Kräfte, die in der Bourgeoisie schlummerten, äuzerten sich in ihren Geheimbünden auch schon früh genug. Der Hofadel in Frankreich, dem das „erbärmliche Gemisch der Stände“ in den Logen ein Greuel war, gründete sich 1745 eine eigene Loge, und „bürgerlichen Brüdern“ war das Prinzip der Gleichheit und Brüderlichkeit so feil, daß sie um Aufnahme in die Loge der „Reinblütigen“ bettelten.

Was es heut zu Tage mit den politischen und religiösen Zielen der Logen auf sich hat, beweist die dominierende Stellung von Fürsten, Großkapitalisten u. darin. Bei diesen Staatsstößen, welche die ökonomische Wirkung bigotter Volkserziehung doch genügend zu würdigen wissen, noch revolutionäre Bestrebungen zu wittern, dazu gehört mehr wie himmlische Einfalt. Der groteske Firtelanz des freimaurerischen Geheimbrüderthums deckt heute zumeist nichts, als jene bürgerliche Vereinsmeierei, welche in Veteranenvereinen, Sing- und Saufkompagnien u. ihre kulturellen Triumphe feiert.

Eine jüngst erschienene recht instruktive und lesenswerthe Schrift*) sagt von der heutigen Freimaurerei: „Gefellige Unterhaltung, gegenseitige Hülfe und Förderung sind von jeher wichtige Bestandtheile der Logenarbeit gewesen; heute sind sie der Hauptzweck. Heute treten die meisten nur deshalb der Loge bei, weil sie dadurch in ihrem bürgerlichen und wirtschaftlichen Fortkommen gefördert zu werden hoffen.“

Die „Berliner Volksztg.“ entwarf eine Schilderung der Verhältnisse im Kanton Bern, welche allgemeine Gültigkeit beanspruchen kann:

„Die Freimaurerei ist eine bössartige Schmarozerpflanze, indem ihre Mitglieder nach allen Seiten hin einander unterstützen und befördern und deshalb Andere, welche nicht in die Freimaurerloge schleichen mögen,

*) Die Freimaurerei. Ihre Geschichte, Thätigkeit und innere Einrichtung. Von Johann Sassenbach. Berlin. Verlag von J. Sassenbach. 40 Bfg.

zurückgesetzt und beeinträchtigt werden, selbst wenn sie viel tauglicher und verbienter sind. Dieser Umstand wirkt verderblich auf alle Lebensverhältnisse. Hat ein Freimaurer als Beamter, als Mitglied einer Behörde eine entscheidende Stimme, wo ein Dienst vergeben, ein Akkord abgeschlossen, Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln verabreicht werden sollen, so ist zu befürchten, daß eben der Freimaurer vor allen anderen Bewerbern bedacht und vorgezogen werde.“

Bei den Freimaurern nennt man diesen der Bourgeoisie vorzugsweise inne wohnenden Drang nützlicher Verwerthung persönlicher Beziehungen mit Recht bössartiges Schmarozertum. Bei den Antifreimaurern heißt man's geschämig: „Arbeiten hinter den Coulissen.“

Wozu also der Lärm?

Soziales und Partei-Leben.

Der Streit im „Vorwärts“ ist beigelegt worden. Die Redaktion veröffentlicht folgende Erklärung an die Genossen:

„Die Differenzen, die anlässlich der Veröffentlichungen der Artikel über die Gewerkschaftsvorschläge des Genossen Duarc im „Vorwärts“ zwischen dem Genossen Liebknecht und der Mehrzahl seiner Kollegen in der Redaktion entstanden waren, sind Gegenstand einer längeren Verhandlung gewesen, an der außer den Mitgliedern der Redaktion die gesammte Parteileitung theilgenommen hat.“

Eine gegenseitige gründliche Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß eine Reihe von Mißverständnissen und unrichtigen Voraussetzungen aufgekärt und damit der Boden für ein ferneres gemeinsames Zusammenwirken gefunden wurde. Insbesondere wurde auch die Frage der Verantwortung für die Fälle der Abwesenheit des Genossen Liebknecht von Berlin in einer alle Theile befriedigenden Weise geregelt.

Im Laufe der Erörterung dieser Differenzen fand auch ein Meinungsaustrausch über die Duarc'schen Vorschläge statt und stand hierbei die Mehrheit in der Sache auf dem von der Redaktion des „Vorwärts“ vertretenen Standpunkt.

Halle a. S. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Redakteur des Volksblattes, Mannigel, wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängniß. Die Anklage war erhoben wegen Veröffentlichung der bekannten Hamburger Strafsache, in der der Maschinenist Dietrich dort wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden war. In seinem Berichte über diese Reichsgerichtsverhandlung hatte Mannigel die unter Anklage gestellte Aeußerung selbst wiedergegeben, worauf seine Verurtheilung erfolgte. Der Gerichtshof trat zwar im Wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers bei, der zur Entlastung geltend machte, daß die Sache in öffentlicher Gerichtsverhandlung verhandelt worden ist und also auch öffentlich wiedergegeben werden könne, erachtet aber, daß der Presse nicht das Recht eingeräumt werden könne, etwas zu veröffentlichen, was objektiv eine Beleidigung enthalte.

Dann aber traten dem Amerikaner die Augen aus den Höhlen, er faßt mit den Händen nach dem Hals, ein gurgelnder Schrei entringt sich seiner Kehle. Er reißt mit aller Gewalt das Fenster auf und greift mit den Händen in die kalte Luft hinaus.

Umsonst!

Sein Raub ist verschwunden!

Die Welle hat ihn mit fortgerissen, unter dem Nagel weggespült.

Mit vor Entsetzen schlotternden Gliedern lehnt sich Taylor gegen die Wand und der Mann, welcher sonst nur Gebete auf den Lippen hatte, stößt die furchtbarsten Flüche aus.

Weibold beachtet ihn nicht. Ihn kann der Schrecken Anderer nicht mehr rühren.

Wie Taylor an ihm vorbei stürzt und die Thür aufreißt kommt ein schwerer Seufzer über seine Lippen.

Wie ein Rasender stürzt der Amerikaner die Treppen empor auf das Verdeck, wo er sich weit über die Brüstung lehnt und in die Wogen hinunter starrt.

Wenn er die Tasche nur sehen könnte, er stürzte sich ohne Besinnen ihr nach!

Seine Wuth grenzt an Wahnsinn.

Da unten rollen die schaumgekrönten Wellen übereinander hochauf spritzt der Gischt. Schwarzgähnende Abgründe reißen sich auf, um im nächsten Augenblick mit schäumenden Wogen bedeckt zu werden.

Taylor fuchelt mit den Armen in der Luft umher und stößt ein zorniges Lachen aus.

Nichts, nichts von dem, was sein Auge sucht, ist in dem wilden Chaos des Wasser zu entdecken.

„Holla, Mr. Taylor!“

Der Kapitän schlägt ihn auf die Schulter.

„He! Was soll's?“

„Beugt Euch nicht zu weit hinaus. Das Schiff macht eine Schwankung und Ihr liegt draußen.“

Mit dem Braudmal.

Roman von Gebhardt Schäßler-Perasini.

(30. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Mr. Taylor legt das Buch, in welchem er studierte, bei Seite und sucht in dem Gesicht des Eintretenden zu lesen.

Der furchtbare Kampf, welcher in der Brust Weibold's tobt, bricht sich Bahn in einem qualvollen Aufschrei, mit welchem der Gepeinigete auf einem Stuhl zusammensinkt. Schwer fällt sein Haupt auf einen Tisch, welcher vor ihm steht, die mageren Hände pressen die Schläfe.

„O, wie erbärmlich!“ höhnt er.

So oft er sich erheben will aus der Sphäre der Schuld, man tritt ihn immer wieder hinunter mit dem Fuß.

„Was ist denn geschehen, ein neues Unglück?“ fragt Taylor näher tretend.

Erst wie er die Hand auf die Schulter des Andern legt, fährt dieser zusammen und starrt erschreckt den Amerikaner an.

Plötzlich springt er auf.

„Mr. Taylor, Sie können mir bezugen, daß ich mein Geld in einer Ledertasche stets bei mir trug. Vor wenigen Tagen sprachen Sie flüchtig davon und lobten diese Vorsicht. Der Kapitän zweifelt an der Wahrheit meiner Aussage, er stempelt mich sogar zu einem elenden Betrüger. Aber, nicht wahr, Sie sahen doch auch die Ledertasche?“

Mr. Taylor fñhlt sich gewaltsam an den Schultern geschüttelt.

Allein er bedauert in höflichster Weise, keine bestimmte Auskunft geben zu können. Möglich, daß er des Geldes

Erwähnung that, aber es ist momentan unmöglich, sich auf etwas Genaueres besinnen zu können.

Die Annahme des Kapitans erklärt er für eine höchst lächerliche.

Wortlos fällt Weibold auf den Stuhl am Tisch zurück. Auch hier keine Hülfe!

Mr. Taylor schreitet in der Kabine auf und nieder, beständig den apatisch Dastigenden betrachtend.

Das Wetter hat sich seit einer halben Stunde geändert. Die See ist unruhiger geworden, oftmals spritzen ihre Wasser gegen das Fenster.

„Wir werden einen kleinen Sturm erleben,“ sagt der Amerikaner.

Weibold giebt keine Antwort, sein Kopf fällt schwer gegen die Tischplatte.

In dem Raum wird es still. Draußen schlagen die Wellen gegen die Schiffswand, die mächtigen Maschinen stampfen.

Nun könnte Taylor daran denken, seinen Raub an sich zu nehmen. Niemand wird mehr eine Visitation vornehmen, welche sich sogar bis auf die am Leibe getragenen Kleider erstreckt hatte. Sogleich könnte es geschehen, denn die Wasser durchnässen bei der hochgehenden See völlig die Tasche.

Wenn der Bestohlene vor Ermattung einschliefe, ja dann —

Das Schiff wankte stark, eine Erschütterung lief durch seinen ganzen Bau und eine riesige Woge schlug mit großer Gewalt gegen die Außenwände, das kleine Fenster der Kabine vollkommen bedeckend.

Taylor hörte mit Schrecken das Anprallen an den dichtverschlossenen Flügel.

Er taumelte selbst, sprang jedoch sogleich nach dem Fenster.

Im Augenblick war nichts zu unterscheiden, Alles triefte vor Nässe. —

Genosse Mannigel, verantwortlicher Redakteur des Volksblattes für Halle und den Saalkreis wurde zu 20 Mark Geldstrafe ev. nt. 4 Tage Gefängniß verurtheilt, weil er in einer Notiz des Blattes behauptet hatte, die Staatsanwaltschaft schreite bei Uebertretungen des Vereins-Gesetzes durch bürgerliche Parteien nicht ein.

Die Beschlußkammer des hiesigen Landgerichts hatte die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt, weil keine Verleumdung vorliege; auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft hatte aber das Oberlandesgericht in Naumburg entgegengeurtheilt.

Bei der Landtagswahl in Gotha haben auch im vierten städtischen Bezirk die Sozialdemokraten den Sieg davongetragen. Bis jetzt sind unserer Partei also drei Mandate gesichert.

Arbeiterwohnhäuser auf Domänen. In der Denkschrift des Landwirtschaftsministeriums heißt es unter Anderem:

„Noch jetzt giebt es auf den Domänen, namentlich in den östlichen Provinzen, zahlreiche Arbeiterwohnhäuser, welche nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen genügen. Unter den vorhandenen Mißständen leidet nicht bloß die Sittlichkeit und Gesundheit der Arbeiterfamilien, sondern sie haben auch erhebliche wirtschaftliche Nachteile im Gefolge.“

Dieses Eingeständniß hat den großen Kummer des Organs des Bundes der Landwirthe erregt. Es fragt, wie dieser Satz in eine Denkschrift über die „zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen“ hineingerathen ist. Also nur immer vertuschen und beschönigen! Genau so, wie es neulich die fromme „Kreuzzeitung“ für ein Verbrechen erklärt hat, wenn evangelische Geistliche die elenden Zustände der landwirtschaftlichen Arbeiter in Ostelbien bloßlegen!

Aus Nah und Fern.

Neue Durchdringungsstrahlen? Der Bremer „General-Anzeiger“ bringt eine Nachricht, die wir mit Vorbehalt wiedergeben: Herr J. Dormann, zur Zeit in Syde bei Bremen, habe neue Durchdringungsstrahlen entdeckt, welche es ermöglichen, durch dicke (22 Zentimeter starke) Eisenplatten zu photographiren. Es sind bereits über 50 Aufnahmen gemacht. Professor Salby in Berlin soll sich sehr für die Entdeckung interessieren. Möglich scheint jetzt alles zu sein.

Berlin. Der falsche Ferdinand. Am 10. Mai d. J. machte sich in einem Restaurant des Südens ein Herr dadurch auffällig, daß er alle anwesenden, ihm völlig fremden Gäste mit Speisen und Getränken traktirte und dafür beträchtliche Summen ausgab. Auf Veranlassung eines der Gäste wurde er nach der Polizeiwache gebracht. Hier stellte es sich heraus, daß man es mit einem Fressinnigen zu thun hatte. Der Vermüthete wurde an die Irrenanstalt zu Dalldorf überwiesen. Bei dem Kranken fand man die Summe von 46000 Mk., aber keinerlei Legitimationspapiere, aus denen Name und Herkunft des Unbekannten ersichtlich war. Vom Väterem selbst war nichts herauszubringen, da er stets behauptet, Ferdinand von Bulgarien oder der Papst zu sein. Weise bemerkt dazu die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Daß ein einzelner Mensch nicht vermüthet wird, kommt wohl vor, daß aber zu einer Summe von 46 000 Mk. baren Geldes sich bis heute niemand gefunden hat, der ihr Fehlen bemerkt, ist räthselhaft.“ Feilich auf einen Menschen mehr oder weniger kommt es nicht an; aber 46000 Mk. . . !

Ein „Gebißmarder“ ist in Berlin in der Person des „Zahnkünstlers“ Rudolf Dannenberg entlarvt worden. D. erschien dieser Tage in dem Dental-Depot von Eich

u. Sohn in der Jägerstraße und ließ sich eine Auswahl Zähne vorlegen. Dabei beobachtete ein Verkäufer, wie D. den Theil eines Gebisses plötzlich in seiner Tasche verschwinden ließ. Er sagte dem D. den Diebstahl auf den Kopf zu und ließ denselben festnehmen. Bei einer sofort vorgenommenen Durchsuchung seiner Taschen wurden 168 Zähne, die er soeben erst gestohlen, vorgefunden. D. räumte der Polizei gegenüber ein, bei dieser Firma allein im Laufe der Zeit 1600 Zähne im Werthe von 2500 Mark gestohlen zu haben. Die Waaren hat er zum Theil zu ganz geringen Preisen, 17 Mark pro Hundert an verschiedene Zahnkünstler abgegeben, welche sich nunmehr wegen Fehleri zu verantworten haben werden. Unter diesen befindet sich auch ein sehr bedeutendes Geschäft in der Königsstadt. Da D. seinen Bedarf an Zähnen nicht nur bei der Firma E. und Sohn, sondern auch in verschiedenen anderen Dental-Depots deckte und die sämtlichen Firmen das Verschwinden großer Posten künstlicher Zähne konstataren konnten, so ist anzunehmen, daß der verhaftete Dentist auch dort Diebstähle in großem Umfange ausgeführt hat. Die Kriminalpolizei ist gegenwärtig bemüht, die sämtlichen Fehler zu ermitteln.

Erzieherisches aus dem Militärstaat. Aus Gbrlik wird berichtet: „Die Kaisermanöver hatten aus unserer Stadt Jung und Alt in das Manövergelände gelockt, aber niemand hat so lange die Freuden und Leiden des Manöverlebens durchgestiftet, wie der Schulknabe Stief von hier, der wegen des Krieges im Frieden acht Tage lang die Schule veräumte. Bei seinem Erscheinen in der Schule brachte der kleine Manöverbummler als Entschuldigung folgendes Schreiben mit: Reichenbach, den 13. September 1896. Führungszugzeug für R. Stief, Gefreiten à la suite der 8. Kompagnie Infanterie-Regiments Graf Kirchbach Nr. 46. — R. Stief hat sich während seiner sechszwanzigjährigen Dienstleistung während des Kaisermanövers bei der 8. Kompagnie vorzüglich geföhrt. Er war von Anfang bis zu Ende fleißig, gewandt, aufmerksam und immer bescheiden. Sein dienstliches Verhalten war tadelloß, er verspricht, ein sehr guter Unteroffizier zu werden. R. Stief hat allen Märschen und Uebungen beigewohnt, hat mit der Kompagnie bivakirt und Leid und Freude mit ihr getheilt. Seine Ausdauer war bewundernswürdig. Die Kompagnie entläßt R. Stief nach Gbrlik, seiner Heimathstadt. Auslagen für Abnutzung von Fußbekleidung während seiner Dienstleistung bei der 8. Kompagnie sind ihm in Höhe von 12 Mark baar ausgezahlt worden. R., Hauptmann und Kompagniechef im Infanterie-Regiment (Graf Kirchbach) Nr. 46.“ Den Eltern war von dem Hauptmann über den Verbleib des Jungen, der sich barfuß an allen Märschen betheiligte, vorher ebenfalls Mittheilung gemacht worden. Der jugendliche Gefreite brachte übrigens 17 Mark nach Hause; 5 Mark waren nachträglich noch für ihn gesammelt worden.“ — So klärt es sich auf, daß ein Junge sechs Tage lang die Schule schwänzen konnte. Unlängst wurde ein sozialdemokratischer Vater, der seinen Sohn von der Sebanfeier der Schule ferngehalten hatte, zu Strafe verurtheilt. Der erzieherische Zweck der Schule sollte nach der Begründung dieses Urtheils nicht allein darin bestehen, daß die Schulkinder sich positive Kenntnisse erwerben, sondern auch darin, daß in ihnen das patriotische Gefühl, die Liebe zu König und Vaterland geweckt und gepflegt werde. Viel ausgiebiger als dies in der Schule geschehen könnte, wird das patriotische Gefühl in dem Jungen nun bei der Manöver-Bummelerei geweckt worden sein. Bei solcher Wirkung wäre natürlich, anders wie im Falle des Sozialdemokraten, von einer Bestrafung des Rangen durch die Schulbehörde abzusehen; im Gegentheil könnte der Stief seinen Mitschülern sogar als ein

Musterknabe hingestellt werden, dessen Beispiel Nachahmung wecken müßte. Perspektiven, die im Zeitalter des Militarismus ungemein viel für sich haben, denn was ist nicht die Bedeutung des patriotischen Gefühls w.r.th?

Chemnitz. Man verberichtet in der „Neuesten Nachrichten“ von Chemnitz unparteiischen „Neuesten Nachrichten“ versteigt sich ein Reporter zu der nachfolgenden Stilblüthe:

Der Milidienst wurde übrigens während der Manöver nicht nur durch Galoppirt und Rad überbracht (der „Dienst“ wurde „überbracht“, ein prachtvolles Deutsch!), sondern der Verkehr wurde auch durch Hunde vermittelt. Ich hatte die Ehre und das Vergnügen, heute zwei Kriegshunde auf der Tur zu sehen, und zwar den ersten in dem Momente, als ein vom Feuer aufgeschreckter Hase knapp vor dem Hunde aufsprang, ohne daß letzterer den Meister Lampe auch nur mit einem Blick würdigte oder sich in seiner Melde-tour verzögern ließ. Wenn sich der Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung geehrt fühlt, wenn er einen Militärhund sieht, so ist das bei der heiligen Scheu, die unser Bürgerthum dem Militarismus und seinem ganzen Inventar entgegenbringt, ganz verständlich. Bei vernünftigen Leuten können solche Reporterleistungen nur Heiterkeit erregen. Aber die Hornsröthe muß jedem vernünftigen Menschen ins Gesicht treten, wenn derselbe Reporter in der folgenden Nummer der „Neuest. Nachr.“ berichtet:

Ueberhaupt war alles von kräftiger Offensive (Angriff) erfüllt. Auch das ist bedeutungsvoll. Denn wo große Erfolge erreicht worden sind, da sind sie durch die Offensive erreicht worden. Die Kriegsgeschichte bietet hierfür einen fortlaufenden Beweis. Eine alles zerschmetternde Offensive ist durchaus angebracht. Mögen auch an einem Schlachttage 50 000 Soldaten verschwinden (II), am anderen Tage werden sie durch hintere Staffeln ersetzt. Deutschland kann einen Verlust von 50 000 Menschen schließlich ertragen bei der enormen Zunahme der Bevölkerung (III). Wie heutzutage die Verhältnisse liegen, wird man eher Menschenleben verschwenden, als die kolossalen Ausgaben aufbringen können, die ein in die Länge gezogener Krieg naturgemäß im Gefolge haben muß. — Eine solche Rohheit der Gesinnung, wie sie in diesem Bitate zum Ausdruck kommt, übersteigt doch alle Grenzen. 50 000 blühende Menschenleben gelten diesem Zeilenschreiber nichts. Aber solche Massenmorderei ist höchster Patriotismus. Die Notiz charakterisirt aber auch unser Bürgerthum, das sich ohne Protest solche Subdeli bieten läßt.

Eine Kindesentführung hat in Wien viel Aufsehen erregt. Das 1 1/2jährige Söhnchen des Geschäftsbieners Reichel wurde am vergangenen Freitag von einer schwarz gekleideten unbekanntem Frau auf dem Volkspark aufgegriffen, die mit ihm davonfuhr und nicht wiedergegeben wurde. Alle Nachforschungen der Polizei blieben anfangs erfolglos, bis die Kindesräuberin in Kornuburg entdeckt wurde. Sie wurde nach dem Bahnhof transportirt, um nach Wien gebracht zu werden; es gelang ihr aber, sich den Polizisten zu entziehen und durch einen Revolveranschuß zu tödten. In ihrem Kleide fand man einen Zettel mit der Adresse der Frau in Kornuburg, bei der sie das Kind untergebracht hatte. Dieses wurde alsbald abgeholt und den übergelücklichen Eltern ins Haus gebracht. In der Selbstmörderin wurde die ledige 27jährige Marie Barta aus Böhmen rekonnozzirt, die noch einem anstößigen Lebenswandel Spuren geistiger Störung gezeigt hatte.

Der Amerikaner schaut ihn mit fahlem Gesicht an.

„Seid Ihr krank, Mr. Taylor?“

„Kann sein, Kapitän,“ würgt der Gefragte heraus.

„Dann geht in die Kajüte, Mister. Wir bekommen schlechtes Wetter. Und noch Eines! Nehmt Euch etwas in Acht vor Eurem Reise-Gefährten. Scheint ein verdächtiges Individuum zu sein. War Schwindel, das mit der Briestafel!“

Dami. geht er weiter und Taylor taumelt nach unten.

Zwei Tage später ist herrliches Wetter. Das Ende der Fahrt steht bevor; man wird noch heute landen.

Kurz, nachdem der ankommende Dampfer signalisirt wird, vom Land aus, begeben sich drei Männer nach der Quarantaine und nehmen dort am Ufer Aufstellung.

Immer näher kommt der mächtige Bau, die rauschende Musik der Schiffs-Kapelle bringt herüber zu den Dreien, welche, mit einem unerschütterlichen Ernst im Antlitz, dastehen.

Das farbige Banner flattert am Mast und auf Deck hat sich so ziemlich die ganze Anzahl der Reisenden zusammengefunden.

Nach Mr. Taylor steht dort, an die Brüstung gelehnt. Er heißt die Zähne in seine Lippen und jede gesunde Farbe ist aus seinem Antlitz gewichen.

Nur noch wenige Schritte ist man vom Land entfernt, das Schiff macht eine Schwenkung.

Taylor beugt sich mit keuchendem Athem weit vor. Er erblickt die drei ernstesten Männer und weiß nun, was geschehen ist.

Seine Betrügereien sind entdeckt. Seine erwarteten ihn schon hier, um den Dampfer zu besteigen und mit sicherer Beute nach dem eigentlichen Landungsplatz zu fahren.

Ein großer Lärm entsteht, Schiffs-Glocken dröhnen, Rufe in fast allen Sprachen steigen auf.

Plötzlich wird es still.

Ein kurzer Schrei hatte Alle verstummen gemacht. „Mann über Bord!“ schallt noch einmal die Stimme eines Matrosen.

Die Rettungs-Boote rasseln bereits hinunter, doch der Verunglückte taucht nicht mehr auf. Mr. Taylor ist ertrunken.

Die drei wartenden Männer, welche den Gesuchten alsbald mit scharfem Auge gefunden hatten, beobachteten auch jede seiner Bewegungen. Er sah sich entdeckt. Dann war es geschehen.

Nur eine leichte Bewegung läuft durch die drei Wartenden.

„Goddam!“ ruft der Älteste halblaut. Und ein Anderer setzt hinzu:

„Es war das Vernünftigste, was der Schuft thun konnte —“

Gedrückt, scheu, als stehe ihm leuchtend das Brandmal des Zuchthauses auf der Stirn, schleicht sich später, bei der Landung ein Mann durch die Menge.

Niemand beachtet ihn, er fragt auch Keinen nach Auskunft, nach einem Wege.

Friedrich Weibold hat den freien Boden Amerika's betreten, so unglücklich als jemals.

16.

Drei Wochen etwa sind nach den eben geschilderten Ereignissen vergangen. Eine dunkle Nacht liegt über der großen Stadt New-York, kein Stern steht am Himmel, an dem sich dicke Wolken schieben.

Durch eine schlecht beleuchtete Seitengasse in der Nähe des Hafens, schreitet mit müdem Schritt ein Mann.

Hin und wieder bleibt er stehen, um einen tiefen

Athemzug zu schöpfen und dabei entgleitet ein schmerzliches Stöhnen seiner Brust.

Es ist Friedrich Weibold, der noch immer am Platz weilt, nachdem es ihm bis jetzt nicht gelungen, so viel zu verdienen, um weiter zu kommen.

Er hat nicht versucht, nach Europa zu schreiben, obwohl er weiß, daß ihm Herr von Heimen, der Mörder seiner Schwester, sicher noch einmal helfen würde.

Aber ihm ist's, als hätte ihn das Verhängniß bereits dafür gestraft, daß er nur dieses eine Mal Geld annahm für ein verlorenes Leben.

Er vermag das Geheimniß der verschwundenen Tasche nicht zu enthüllen.

Der letzte gute Anzug ist verkauft. Wozu brauchte ihn Weibold auch, da er entschlossen war, jedwede, auch die niedrigste Arbeit zu verrichten, um sein Leben weiter zu fristen.

So hat er tagelang in den Straßen New-York's und am Hafen gearbeitet, denn es gelang ihm nicht, anderen Erwerb zu finden, trotz aller Mühe. Aber auch dieser geringe Verdienst ging verloren. Seit drei Tagen hat Weibold kaum mehr das Allernöthigste über die Lippen gebracht, er ist total entkräftet.

Wenn er sich dem Verbrechen in die Arme werfen wollte, so würde ihm dies wohl die Mittel in die Hand geben, verhältnißmäßig gut weiter zu leben.

Desters trat ihm die Versuchung nahe, er aber stie den Gedanken von sich.

Einmal gebrandmarkt und nie wieder.

Mag er im Kampf um ein tägliches Brod untergehen, ermattet zusammenbrechen, so ist sein Herz doch frei von neuer Schuld und seine traurigen Leiden bilden vielleicht noch einen Theil der Sühne.

(Fortsetzung folgt.)